

PRESSEMITTEILUNG #114 - 13.05.2024

Serpil Midyatli und Martin Habersaat

Bildungschancen in Schleswig-Holstein hängen wieder zunehmend vom Elternhaus ab

Anlässlich der Studie des ifo-Instituts zur Ungleichheit der Bildungschancen im bundesweiten Ländervergleich erklären die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli und der bildungspolitische Sprecher Martin Habersaat:

„Die ifo-Studie belegt einmal mehr: Nach sieben Jahren schwarz-grüner Bildungspolitik hat Karin Prien keine Lösungen gefunden. Der Handlungsdruck wird größer: Die Frage, ob ein Kind das Gymnasium besucht, ist weniger entscheidend, wenn es auch andere Wege zum Abitur gibt. In Schleswig-Holstein haben wir diese mit den Gemeinschaftsschulen und den Beruflichen Schulen. Allerdings hakt es an der Kooperation und den Übergängen. Eine Aufgabe für eine Bildungsministerin!

Wichtig ist, dass es vom individuellen Wollen und Können abhängt, was ein Kind erreicht - und nicht vom Elternhaus. Wir wissen lange, dass eine Sortierung der Kinder nach Klasse 4 keine gute Idee ist. Das wäre ein Ansatz für eine Bildungsministerin.

Abitur und Studium sind nicht der einzige Weg zum Lebensglück. Man sollte aber keinem Kind diesen Weg verbauen, wenn es ihn gehen kann und will. Auch deshalb ist es ein Unglück, dass CDU und Grüne einen Blick auf die Bildungskosten verweigern.

Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit gab es in den letzten Jahren Rückschritte. Kinder mit Migrationshintergrund haben in Schleswig-Holstein schlechtere Chancen als in anderen Bundesländern. Der Geist des Sortierens ist an die Schulen zurückgelehrt. Das Screening von 4 ½ - jährigen, ein Geheimnis der Hamburger Erfolge im Bildungswesen, lässt seit Jahren auf sich warten, weil sich Bildungsministerin Prien und Sozialministerin Touré nicht einig werden. Leidtragende dieses Streits sind junge Menschen, die letztlich dadurch um ihre Bildungschancen gebracht werden.

Hinzu kommt, dass die Situation der schleswig-holsteinischen Kinderbetreuung in einer tiefen Krise steckt. Weit über 15.000 Kita-Plätze fehlen, während sich der Personalmangel in den Einrichtungen immer weiter zuspitzt. Im Gegensatz zu unseren norddeutschen Nachbarländern wurde die Beitragsfreiheit bisher nicht nur nicht umgesetzt, mittlerweile hat Sozialministerin Touré sogar eine Diskussion über die Erhöhung der Elternbeiträge angezettelt. In Zeiten, in denen besonders Familien von der Inflation hart getroffen werden, will diese Landesregierung sie finanziell noch weiter in die Enge treiben.“